

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 182 (2016)

Heft: 7

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutschland

A400M «auf der Kippe»?

Die im Wehrbericht 2015 festgestellten Mängel bei der Bundeswehr greifen nun auch auf den AIRBUS A400M Transporter über. Das Flugzeug weist dermassen viele Fehler auf, dass es dabei offenbar um nichts weniger als die Einsatzfähigkeit «des Bundes» geht. Entsprechend nachvollziehbar sind die kritischen Stimmen aus der deutschen Armeeführung. Bereits zu Beginn des letzten Jahres listete das Verteidigungsministerium über 160 Mängel auf: zu schwache Laderampe, Softwarefehler, fehlende Luftlandetauglichkeit und fehlende Heizung im Laderaum bei grossen Flughöhen



Erneut auf dem Prüfstand, A400-Triebwerk.

Bild: EADS

sind nur einige davon. Deshalb wird nun, knapp 18 Monate später, über einen Total-Ausstieg aus dem Programm gemutmasst. Erst kürzlich rief

der Produzent AIRBUS zudem die drei bereits gelieferten Maschinen zurück, nachdem bei französischen A400 Risse im Rumpf entdeckt wurden. Ge-

schätzte Reparaturzeit: 7 Monate pro Flugzeug. Auch die Triebwerke müssen eventuell neu konstruiert werden, jüngst lösten sich Metallspäne aus verschiedenen Zahnrädern, was bereits jetzt einen Wartungsintervall von 20 Stunden mit sich führt. So ist nicht einmal mehr klar, ob heuer noch weitere Maschinen der vertraglich zugesicherten 53 Stück ausgeliefert werden. Sicher ist jedoch, dass die A400M die überalterten TRANSALL-Maschinen ablösen sollen. Geschieht das aber nicht bis 2020 – dem Jahr deren Ausserdienststellung – wird es gemäss Bundeswehr «zu nicht mehr kompensierbaren Fähigkeitsverlusten kommen».

Rumänien

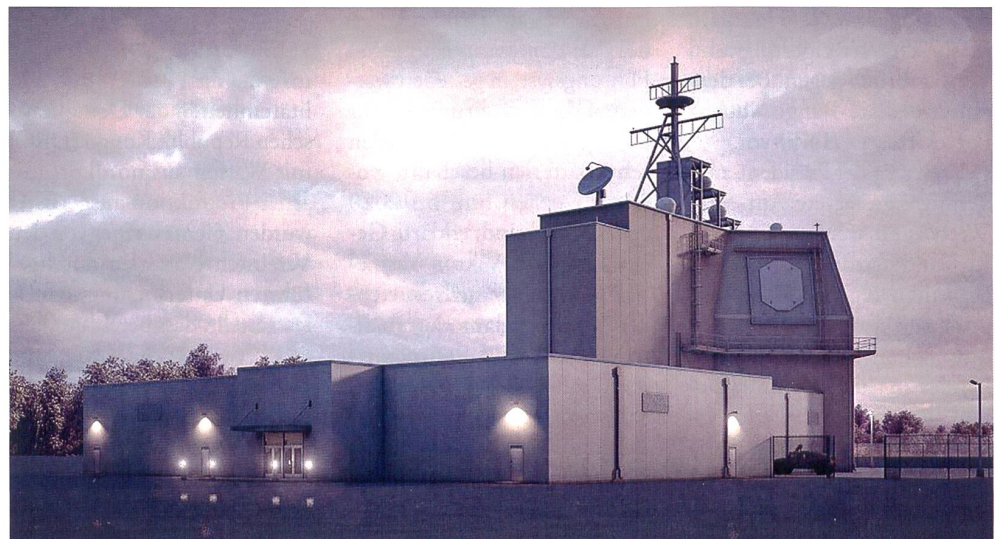
Raketenabwehrschild operationell

Seit Mitte Mai scheint Europa ein wenig sicherer: die erste «westliche» Raketenabwehrstation nahm in der rumänischen Südwalachei, nahe dem Ort Deveselu, nach einer fünf monatigen Testphase ihren Betrieb auf. Die 700 Mio. EUR teure Militärbasis wurde von den USA finanziert und wird durch Angehörige der US Navy mit dem Ziel, Europa vor einem ballistischen Raketenangriff zu schützen, betrieben. Die AEGIS ASHORE genannte Anlage besteht aus einem Radarsystem und zwölf Raketenwerfern, welche mit RIM 161 Standard Missiles (SM-3) Abfangraketen bestückt sind. Die SM-3 ist eine ursprünglich schiffsbasierte Rakete gegen ballistische Kurz- und Mittelstreckenraketen, kann aber auch gegen Satelliten in tieferen Umlaufbahnen eingesetzt werden. Sie wiegt 1,5 Tonnen, misst knapp 6,5 Meter und verfügt über eine Reichweite bis 2500 Kilome-

ter. Die neue Sensor-Effektor-Station entspricht in etwa dem von der US Navy entwickelten AEGIS-Programm, ein elektronisches Kampf- und Feuerleitsystem, welches derzeit insbesondere auf Lenkraketenzerstörern der USA, Australien, Japan, Norwegen, Spanien und Südkorea eingesetzt wird. Deveselu ist nun also die erste landgestützte und bewaffnete Station. Dem NATO-Abwehr-

schirm steht somit – geführt aus Ramstein (Deutschland) – nebst Spionagesatelliten, einer Radarstation im türkischen Kürecik, und den AEGIS-Kriegsschiffen erstmals auch bodengestützte Raketenabwehr zur Verfügung. Die Grundsteinlegung für eine weitere Station im polnischen Redzikowo erfolgte zu Pfingsten. Dereinst sollen sämtliche auf Europa abgefeuerten Raketen bei ihrem

Wiedereintritt in die Atmosphäre abgeschossen werden können. Dass sich dabei Russland als Hauptaggressor verstanden fühlt, scheint offensichtlich. Dennoch erklärt der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, dass viele Länder ihre eigenen (Interkontinental-)Raketensysteme entwickeln würden und meint damit den Nahen Osten. Konkreter werden seine amerika-



AEGIS ASHORE-System in Deveselu.

Bild: U.S. NavyPhoto

nischen Partner und zeigen auf den Iran als Hauptaggressor. So meinte denn auch der stellvertretende US-Verteidigungsminister Robert Work bei der Inauguration der neuen Anlage: «Er wolle eines klar stellen – weder diese [rumänische] noch die Anlage in Polen werden die Kapazität haben, Russlands nukleares Abschreckungspotential zu untergraben.» Und Stoltenberg

unterstützte Work, in dem er auf die zu geringe Anzahl und falsche Positionierung dieser Anlagen hinwies und meinte, dass Russland hier kein Ziel sei. Worauf sich der russische Präsident Putin prompt per Fernsehansprache meldete und sagte, dass «das hier kein Verteidigungssystem sei», denn der Abwehrschild «sei ganz klar ein Teil der amerikanischen Nuklearstrategie».

Russland

Nächste Generation bodengestützter Luftverteidigung: S-500

Anlässlich der siebten Ausgabe der jährlichen Treffen zwischen dem russischen Präsidenten, dem Verteidigungsminister und seiner obersten Führungsebene sowie den wichtigsten Vertretern der einheimischen Rüstungsindustrie in Sochi anfangs Mai, steckte Putin sein (sicherheitspolitisches) Betätigungsfeld neu ab. Es ging dabei um die aktuellsten Verteidigungsfragen und besonders darum, wie die russischen Waffenschmieden ihre Bereitschaft im Mobilmachungsfall aufrecht erhalten werden. Auf der Tagesordnung stand aber auch das NATO/US-Raketenabwehrsystem in Osteuropa. Putin wirft den USA unilaterales aggressives Handeln, Gesprächsverweigerung und Vertragsbruch gegenüber dem «Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty» (INF) vor.

Dieses, so der Präsident, nun definitiv gestartete Auf- und Wettrüsten werde aber ohne Russland stattfinden. Man ginge seinen eigenen Weg und prüfe derzeit andere Wege, um die Sicherheit des eigenen Landes zu garantieren. In diesem Sinne setzt der Kreml derzeit alles daran, in Kürze die ersten Prototypen der S-500 PROMETEUS (auch 55R6M TRIUMFATOR-M) genannten Luftabwehrraketen zu tes-

ten. Dieses neue System soll fähig sein, ballistische Interkontinentalraketen (ICBM), Hyperschallmarschflugkörper und Flugzeuge schneller als Mach 5 zu zerstören. Es soll innert 4 Sekunden Reaktionszeit beispielsweise bis zu 10 ICBM gleichzeitig in einer Reichweite von 2000 km erkennen und 600 km neutralisieren können, insofern also auch bevor eine abgeschossene Interkontinentalrakete wieder in die Atmosphäre eintreten würde. Triumphator-M ist laut Experten dem aktuellen Stand der Technik einer S-400 weit überlegen. Hochmobil kann es in kürzester Zeit eingesetzt werden und erkennt respektive erfasst seine Ziele mittels bestehenden, aber auch neuen auf ballistische Raketen ausgelegte Radaranlagen und soll mit einem gänzlich neuen abhör- und aufklärungssicheren Führungssystem gesteuert werden. Die Einführung ist für 2017 geplant. Vorerst werden zehn Batterien beschafft, wovon die ersten fünf bis 2020 operationell sind, erklärte Generalleutnant Viktor Vasilievich Gumennyj, stellvertretender Kommandant der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte. Die S-500 werden dann zumal in einem Luftabwehrschirm zusammen mit S-400, den S-300 Varianten und weiteren Effektoren den Schutz des russischen Territoriums sicherstellen.

Israel

Iron Dome schützt vor PTBS

Das 2010 in Dienst gestellte israelische C-RAM (Raketen-, Artillerie- und Mörserabwehr) Programm IRON DOME des Herstellers Rafael



Iron Dome-Abschuss.

Bild: Rafael Advanced Defense Systems Ltd.

Advanced Defense Systems wartet mit einer weiteren Eigenschaft auf: es schützt auch vor Posttraumatischer Belastungsstörung (PTBS). Eine Studie der in Ramat Gan beheimateten Bar-Ilan Universität konnte nachweisen, dass im Wirkungsraum von IRON DOME die Häufigkeit von PTBS reduziert wird. Der Gaza Krieg 2014, bei welchem in sieben Wochen mehr als 4500 Raketen auf Israel abgefeuert wurden, diente als Forschungsobjekt. Herausgefunden wurde, dass IRON DOME zusätzlich zur physischen Sicherheit offenbar auch eine psychologische Wirkung generiert. Bislang war bekannt, dass nach einem erlebten Trauma bei Menschen mit hoher (psychologischer) Resilienz die PTBS Symptome normalerweise reduziert sind. Studienleiter Dr. Yaakov Hoffman erklärte nun, dass Resilienz aber auch durch weitere Faktoren gestärkt werden kann. Bereits das Vorhandensein und der damit verbundene Glaube an die Wirksamkeit von IRON DOME reiche aus, PTBS zu vermindern.

Demokratische Republik Kongo

Nordkorea umgeht Sanktionen

Ein UN-Bericht enthüllte im Mai, dass Polizei- und Militäreinheiten der Demokratischen Republik Kongo (DRC) mit Waffen aus nordkoreanischer Produktion ausgerüstet wurden. Gemäss einer von den Vereinten Nationen durchgeführten Untersuchung wurde festgestellt, dass bereits im Jahr 2014 etwa 30 nordkoreanische (militärische) Ausbilder die für eine Trainingssequenz zugunsten von Spezialkräften sowie der präsidentialen Garde benötigten Pistolen und weiteres Gerät eigens importierten. Dies unter Umgehung der ak-

tuellen UN-Sanktionen gegen Nordkorea. In dem seit Jahren von Bürgerkrieg gezeichneten zweitgrössten Land Afrikas stellt sich nun die Regierung vehement gegen diese UN-Feststellung und nennt den von einem Expertenpanel der vereinten Nationen verfassten Bericht eine «unerhörte Lüge». Regierungssprecher Lambert Mende erklärte, dass seit der Ermordung von Laurent Kabila (der Vater des aktuellen Präsidenten) im Jahr 2001 keine Kooperation mit Nord Korea mehr stattgefunden habe. In der DRC sind aktuell mehr als 20000 Peacekeeper der Vereinten Nationen unter dem Mandat der «Mission de l'Or-

ganisation des Nations Unies pour la stabilisation en République démocratique du Congo» (MONUSCO) vereint, um den Friedensprozess voranzutreiben. Unter diesem Gesichtspunkt scheint es interessant, dass nun einige der beschriebenen Waffen offenbar bei Vertretern der kongolesischen

Nationalpolizei, welche ihrerseits im UN-Friedensförderungseinsatz in der benachbarten Zentralafrikanischen Republik im Einsatz stehen, gefunden wurden. Dass andererseits Pistolen aus Nordkorea auf dem Schwarzmarkt der kongolesischen Hauptstadt Kinshasa auftauchten, mag fast

zu vernachlässigen sein, denn im gleichen UN-Rapport wird darüber berichtet, wie offenbar burundische Flüchtlinge, die vor den aktuellen Unruhen im eigenen Land in den Kongo flüchteten, offenbar durch ruandische Offiziere rekrutiert, finanziert, ausgerüstet und für den Aufstand ge-

gen den Burundischen Präsidenten Nkurunziza ausgebildet wurden. Im Kongo stehen 2016 Neuwahlen an, anlässlich welchen Präsident Joseph Kabila versuchen wird, eine zusätzliche – von der Verfassung nicht vorgesehene – dritte Amtszeit antreten zu können.

Japan

«Hibakusha» erhalten kein Sorry von Obama

US-Präsident Barack Obama besuchte Ende Mai 2016 als erstes Oberhaupt der Vereinigten Staaten von Amerika die japanische Stadt Hiroshima. Zwar verurteilte er Krieg und Gewalt und sprach von den schlimmen Auswirkungen

des Abwurfes von Atombomben. Um Entschuldigung für die USA bat er nicht.

Das hat auch fast niemand erwartet. Eine Entschuldigung sahen die offiziellen Protokolle gar nicht vor. Lediglich eine Gruppe von Japanerinnen und Japanern wünschten sich eine: Die «Hibakusha», die Opfer der Atombombenabwür-

fe. Heute leben noch rund 180 000 – im Durchschnitt über 80 Jahre alt – von ihnen.

Sie haben nämlich jahrzehntelang an amerikanische Präsidenten appelliert, die beiden einzigen Städte zu besuchen, die von Atombomben zerstört wurden. Tausende Menschen starben sofort, allein in Hiroshima insgesamt 140 000 im

ersten halben Jahr danach, in Nagasaki weitere 74 000.

Seit Obamas geplanter Abstecher bekannt wurde, wurde in Japan, den asiatischen Nachbarländern und in Amerika heiss diskutiert, ob er sich für das Leid, das sein Land mit den Atombomben über Japan gebracht hat, entschuldigen sollte. Aus Washington wird dies verneint. Ebenso wenig war ein Treffen mit Atombombenopfern vorgesehen.

Aus China und Korea, den früheren Gegnern Japans im Zweiten Weltkrieg, wurden schnell kritische Stimmen laut, dass Obamas Besuch Japan nur helfe, sich als Opfer zu fühlen und zu gerieren. Sie argumentieren, dass dies Japan erlauben würde, sich der Verantwortung für eigene Gräueltaten im Krieg zu entziehen. In Südkorea hatten die Japaner zum Beispiel im grossen Stil junge Frauen in Soldatenbordelle gezwungen, in China hatten sie in der Stadt Nanking ein Massaker an Zivilisten angerichtet, bei dem Zehntausende umkamen.



Hibakusha machen in den USA auf ihre Anliegen aufmerksam.

Bild: Wikimedia

Malaysia – Schweiz

Malaysia – Schweiz

Ein Bankenskandal beeinflusst die Sicherheitspolitik. Mit der Eröffnung eines Strafverfahrens durch die Schweizer Bundesanwaltschaft gegen BSI und dem Lizenzentzug in Singapur tritt der Skandal um den malaysischen Staatsfonds 1 Malaysia Development Ber-

had (1MDB) in eine neue Phase.

Allerdings ist das Dickicht um 1MDB auch nach wochenlangen Untersuchungen von Ermittlungsbehörden in mittlerweile sechs Staaten weiterhin nur teilweise durchschaubar geworden. Sicher ist hingegen, dass 1MDB zwischen 2010 und 2015 rund 42

Milliarden US-Dollar Schulden auf sich geladen hat und dabei grössere Summen über mehrere ausländische Banken verschoben worden sind. Dabei sollen Milliarden veruntreut worden sein.

Singapur hat ein angespanntes Verhältnis zu Malaysia. Malaysia selber kehrt jegliche Berichterstattung über 1MDB un-

ter den Teppich. Um das Nachbarland nicht herauszufordern, hat die Regierung Singapurs die lokale Presse angefragt, nicht bzw. nur das notwendigste zum BSI-Skandal zu berichten. Zwar verlor die Bank ihre Lizenz in Singapur, aber es ist nicht damit zu rechnen, dass die Behörden der Löwenstadt sich den Fall weiter vornehmen.

Eurasische Union

Verstärkte Kooperation mit Singapur

Die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) und Singapur haben sich über eine Wirtschaftskooperation verständigt. Ein diesbezügliches Memorandum unterzeichneten der Leiter des Kollegiums der Eurasischen Wirtschaftskommission (EWK), Tigran Sarkisjan, und der singapurische Premier Lee Hsien Long.

Das Dokument sieht unter anderem die Zusammenarbeit in den Bereichen regionale Wirtschaftsintegration, Zolladministration, technische Regulierung, Sanitär-massnahmen, Finanzen, Verkehrswesen, Energetik, Agrar-Industrie-Komplex, Industrie sowie Informationstechnologien vor.

Zuvor hatte die EWK derartige Dokumente bereits mit Kambodscha, Peru, Chile und

der Mongolei unterzeichnet. Laut Sarkisjan schlägt das Memorandum ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen den beiden Seiten auf. Der singapurische Premier sagte dazu, dass das Dokument neue Horizonte in der Zusammenarbeit eröffne sowie «unseren geschäftlichen und politischen Kreisen ermöglichen wird, einander kennenzulernen».

Eine militärische Kooperation ist derzeit nicht angebahnt. Aber das Memorandum sieht eine Zusammenarbeit im Bereich der Rüstungsindustrie vor. Auch Polizei- und Nachrichtendienste werden mehr miteinander zu tun haben, denn die Zoll- und Informationstechnologiekomponenten im Memorandum touchieren beide Dienste.

Der EAWU gehören Armenien, Weissrussland, Kasachstan, Kirgistan und Russland an.

USA

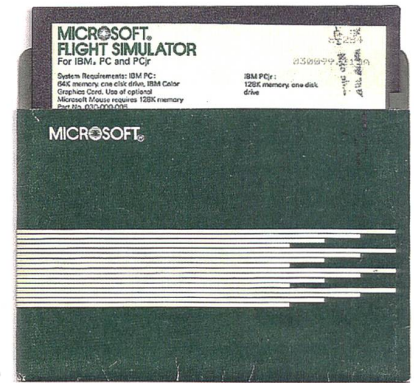
Floppy-Disks im Einsatz

Die Atomstreitkräfte der USA benutzen teilweise noch vollkommen veraltete Computerhardware und Software sowie Floppy-Disks. Dies moniert der US-Rechnungshof in einem Bericht. So laufe im Verteidigungsministerium ein Kommando- und Kontrollsystem auf einem IBM-Computer der Serie 1, die aus den 1970er-Jahren stammt. Im Pentagon hiess es, das System bleibe in Gebrauch, weil es noch immer funktioniere.

Die Floppy-Laufwerke würden allerdings bis Ende 2017 ausgetauscht. Die Modernisierung laufe wie geplant weiter. Laut dem Rechnungshof-Bericht plant das Verteidigungsminis-

terium, das System bis Ende 2020 komplett auszutauschen.

Auch im Finanzministerium würden noch vollkommen veraltete Systeme benutzt, heisst es in dem Bericht weiter. Die Rechnungsprüfer beklagen vor-



So sehen IBM-Floppy-Disks aus. Bild: IBM

allem, dass die Kosten für den Erhalt der überalterten Technik hoch seien und dass stattdessen besser in moderne Systeme investiert werden solle.

Venezuela

Das Regime und die Armee

Der venezolanische Staatspräsident Nicolas Maduro reagiert auf die katastrophale Wirtschaftslage und Oppositionsproteste: die Regierung Venezuelas hat per Dekret ihre Befugnisse deutlich erweitert. Die neuen Vollmachten erstrecken sich auf den Sicherheitsbereich, die Rationierung von Lebensmitteln sowie die Energieversorgung. Diese Sondervollmachten sehen auch die Mobilisierung der Armee zur Sicherstellung der Stabilität und Ordnung im Landesinneren vor.

Örtliche Bürgerwehren haben nunmehr das Recht, die Armee und die Polizei «bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung» zu unterstützen. Die Armee erhält das Recht, sowohl Polizei als auch



Proteste gegen die Regierung in Venezuela.

Bild: Wikimedia

örtliche Bürgerwehr einzusetzen. Unternehmer, Firmen und Nichtregierungsorganisationen mit Verbindungen ins Ausland werden verstärkt kontrolliert; ihre Vermögen könnten eingefroren werden. Der Zugang zu Gütern der Grundversorgung kann unter staatliche Kontrolle gestellt werden, Enteignungen werden ermöglicht.

Die Ermächtigung an die Streitkräfte könnte auch bedeuten, dass Unternehmen am Ende zur Produktion gezwungen werden. Genauer: Der Präsident könnte von nun an die Armee einsetzen, um Unternehmen zu Produktion zu zwingen.

Venezuela durchlebt eine der schlimmsten Wirtschafts-

krisen der vergangenen Jahrzehnte. Das Land ächzt unter einer dreistelligen Inflationsrate, die Konjunktur befindet sich auf Talfahrt, Verbrauchsgüter und Strom sind knapp. Besonders macht Venezuela, das über die grössten bekannten Ölreserven der Welt verfügt, der massive Verfall des Ölpreises sowie eine lang anhaltende Dürreperiode zu schaffen.

Das politische Leben ist durch einen erbitterten Machtkampf zwischen Regierung und Opposition beherrscht. Die rechtsgerichtete Opposition versucht seit Monaten, Maduro über einen Volkstentscheid aus dem Amt zu jagen. Sie befürchtet der Präsident, wolle sie mit seinen neuen Vollmachten mundtot machen.

Pascal Kohler,
Henrique Schneider